

Olaf Kaltmeier

Das Oxymoron der anarchistischen Verfassung Der Tod des Sozialen und die populäre konstituierende Macht in Chile*

Keywords: Chile, Constitution, Social Movements, Political Representation, Neoliberalism

Schlagwörter: Chile, Verfassung, Soziale Bewegungen, Politische Repräsentation, Neoliberalismus

Am 18. Oktober 2019 setzte in Chile eine im 21. Jahrhundert beispiellose soziale und politische Krise des von der Militärdiktatur etablierten autoritären neoliberalen Modells ein, die mehrere relevante unmittelbare Vorläufer hatte, unter anderem die sogenannte Pinguin-Revolution der SchülerInnen im Jahr 2006, die studentischen und sozialen Mobilisierungen von 2011 und die feministischen Mobilisierungen von 2018.¹ Diese chilenische Oktoberrevolte war der Höhepunkt der massiven Mobilisierung unterschiedlichster Sektoren der chilenischen Gesellschaft, die eine neue Art des Politikverständnisses zum Ausdruck brachten. Sie glich einem spontanen Generalstreik, der nicht von einer Parteizentrale geplant worden war. Hier meldete sich eine Vielzahl von Stimmen, die lange Zeit unterdrückt und ignoriert worden waren, laut und deutlich zu Wort und forderten Würde (*dignidad*) beziehungsweise ein würdiges Leben (Gómez Yuri 2022). Dabei richteten sich die Proteste gegen das neoliberale Wirtschaftsmodell und die autoritäre Verfassung, die beide von der Militärdiktatur Mitte der 1970er Jahre eingeführt und von den postdiktatorischen Regierungen seit 1990 weitergeführt und vertieft wurden. Die soziale Explosion (*estallido social*) hatte mit ihren Massendemonstrationen eine solche Sprengkraft, dass ein Abtreten der Regierung

* Leicht überarbeitet und erweiterte Übersetzung von Kaltmeier, Olaf (2024): „La muerte de lo social y el poder constituyente popular. El oxímoron de la constitución anarquista“. In: Bottinelli, Alejandra; Marcelo Sanhueza; Olaf Kaltmeier & Mía Dragnic (Hg.): *Luchas por la hegemonía: Proyecto emancipatorio y Constitución en Chile*. Buenos Aires & Guadalajara, S. 123-140.

1 Diese hatten ihrerseits frühe Vorläufer gegen Ende der 1990er Jahre (vgl. Kaltmeier & Schwenken 2000)

im Raume stand. Der Einbruch der COVID-19-Pandemie jedoch ließ die Mobilisierungen abflauen, und am 15. November 2019 wurde ein verfassungsgebender Konvent einberufen, um eine neue Verfassung auszuarbeiten (vgl. zum Prozess Bottinelli u.a. 2024a: 37-48). An dieser Stelle soll nun nicht spekuliert werden, inwiefern dieser Prozess als *gouvernementales* Dispositiv zur Befriedung der Proteste zu begreifen ist, stattdessen wird hier untersucht, inwiefern sich rund um diesen verfassungsgebenden Prozess und die Proteste ein neues Politikverständnis und eine konkrete Utopie einer neuen, würdevollen chilenischen Gesellschaft artikuliert hat.

Angesichts der Proteste sprachen chilenische SoziologInnen bereits von einem „neuen chilenischen Volk“, verstanden als „ein historisches Subjekt, das sich aus der sozialen und kulturellen Vielfalt zusammensetzt, die durch die tiefgreifende und langanhaltende neoliberale Erfahrung entstanden ist“ (Ruiz Encina & Caviedes 2022: 58). Sie argumentieren, dass dieses kollektive Subjekt durch die gemeinsame Erfahrung neoliberaler Unterdrückung und oligarchischer Herrschaft entstanden sei. In diesem Sinne wäre es angemessen, von neuen plebejischen Subjekten zu sprechen, die sich der neoliberalen Refeudalisierung widersetzen. Allerdings ist eine gewisse Skepsis bei der vorschnellen Erfindung kollektiver Subjekte, wie etwa ein neues chilenisches Volk, angebracht. Die Proteste waren von unterschiedlichsten Subjektivitäten geprägt, darunter Feministinnen, Studierende, UniversitätsstudentInnen, *pobaldores*, ArbeiterInnen, No+AFP (Menschen ohne private Rentenversicherung), Mapuche, UmweltschützerInnen, MigrantInnen, LGBTQ+ usw. usf., die sich auch überschneiden und intersektional artikulieren. Es gibt hier m. E. auch kein einheitliches kollektives Subjekt, sondern eine Vielfalt von Subjektivitäten.

Dies drückt sich auch in politischen Positionen aus; das Problem der politischen Führung und des damit verbundenen Vertretungsanspruchs ist ein ganz anderes als das der traditionellen (linken) politischen Gruppierungen und vor allem der etablierten politischen Parteien. Es gibt keine Avantgarde, keine Parteiorganisation, keine AnführerInnen, die die Anliegen dieser vielfältigen Bewegungen vertreten könnten.

Ähnlich dem argentinischen „*que se vayan todos*“ („Haut alle ab“: Parole der argentinischen Protestierenden in der Wirtschaftskrise 2001) geht es den Bewegungen in Chile nicht um die Ablösung von FührerInnen und RepräsentantInnen, sondern um die Abschaffung von Fremdbestimmung und Repräsentation auf radikal demokratisch-anarchistische Weise. Diese Haltung wird zwar nicht von allen an den Protesten beteiligten Gruppen und Einzelpersonen im Detail geteilt, aber sie hat sich als *Modus Vivendi* unter den Organisationen und Gruppierungen durchgesetzt. Michael Hardt